

Berichterstattung zum Haushalt 2016

Apostolos Tsalastras, Stadtkämmerer
Dezernat 1
Finanzen und Kultur
16. November 2015



Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

zur Verabschiedung des Haushalts sind Sie es gewöhnt, dass der Kämmerer die Haushaltsdaten vorträgt und die Haushaltslage beschreibt. Das möchte ich heute anders machen als in der Vergangenheit. Die grausamen Ereignisse in Paris und die Herausforderungen der Flüchtlingsentwicklung haben mich bewogen heute den Haushalt etwas grundsätzlicher zu betrachten. Sie werden von mir jetzt keine einzige Zahl zum Haushalt hören.

Wir haben es in Oberhausen in der Vergangenheit immer verstanden gegen radikale undemokratische Einstellungen zu stehen. Es gab einen Konsens gegen rechtsradikale und fundamentalistische Positionen – egal ob religiös oder anders ideologisch begründet – vorzugehen und unsere offene und freie Gesellschaft zu schützen und zu verteidigen. Der Rat der Stadt hat bei allen unterschiedlichen politischen Inhalten dieses nie in Frage gestellt. Der islamistische Terror und das Grauen in Paris, aber auch die zahlreichen Mord- und Gewalttaten rechtsradikaler Gruppen in Deutschland, zeigen mir, dass wir mehr als in der Vergangenheit auch das Signal der Geschlossenheit in die Stadtgesellschaft senden müssen.

Dies hat nichts damit zu tun, dass wir uns nicht mehr intensiv über den richtigen Weg, die richtige Maßnahme, das einzelne Ziel streiten dürfen. Es darf aber nicht so weit gehen, dass wir Auseinandersetzungen führen, die unsere Stadtgesellschaft spalten oder dass aus parteipolitischem Kalkül in Kauf genommen wird, dass demokratische Institutionen, unser Rat und die Menschen, die sich politisch engagieren beschädigt werden. Dies ist in der Vergangenheit nicht immer „gut gelungen“ und ärgert mich seit einigen Jahren enorm.

Wir streiten zu Recht über den richtigen Weg,

- wie sozialer Zusammenhalt und Integration gelingen können,
- wie die offene, freie und tolerante Stadtgesellschaft gesichert werden kann,
- wie neue Zukunftsperspektiven und Bildungschancen für unsere Kinder gewonnen werden können,
- wie neue ökonomische Impulse und Arbeitsplätze geschaffen werden können,
- wie Langzeitarbeitslosigkeit bekämpft werden kann,
- wie wir Klimaschutz und andere ökologische Herausforderungen meistern können,
- wie wir die Chancen der technologischen Revolution zur digitalen Welt nutzen und die Gefahren beherrschen können.

Diese Aufzählung ist nicht abschließend, zeigt aber wie groß die politischen Herausforderungen sind, die wir zu meistern haben. Und dies bei einer enorm schwierigen sozialen, ökonomischen und finanziellen Situation, in der sich unsere Region und unsere Stadt befinden.

Der Haushalt, den wir heute verabschieden, ist der finanzielle Rahmen für unsere Arbeit, um die Herausforderungen zu meistern und das Leben der Menschen in unserer Stadt zu verbessern. Bei der Größe der Herausforderungen ist es schon deprimierend, wie eng der finanzielle Rahmen ist, der uns zur Verfügung steht. Die strukturelle Krise des Ruhrgebiets, aber auch anderer urbaner Regionen führt dazu, dass die Schere zwischen armen und reichen Städten immer weiter auseinandergeht und die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland immer weniger gewährleistet werden kann. Es ist sicherlich richtig, dass die finanzielle Ausstattung vieler Kommunen – auch unserer – nicht ausreichend ist und eine Lösung für die Altschulden gefunden werden muss.

Aber dies einzufordern ohne selbst auch an der Verbesserung der eigenen Situation zu arbeiten, macht uns nicht nur unglaublich, sondern ist auch verantwortungslos gegenüber den Menschen in unserer Stadt.

Wir haben es durch große Anstrengungen geschafft, wieder genehmigte Haushalte vorzuweisen, die Neuverschuldung drastisch zu reduzieren und uns die Chance eröffnet 2017 den Haushaltsausgleich zu erreichen. Dies hat uns neue Handlungsmöglichkeiten eröffnet, den Stillstand in der Entwicklung unserer Stadt zu überwinden und neue Perspektiven zu entwickeln – sowohl durch Fördermittel von EU, Bund und Land, wie auch durch eigene Maßnahmen. Voraussetzung dafür ist ein genehmigungsfähiger Haushalt und die Einhaltung des Haushaltskonsolidierungsweges. Es muss jedem bewusst sein, dass für zusätzliche Belastungen des Haushalts an anderer Stelle Einsparungen erfolgen oder zusätzliche verlässliche Erträge erzielt werden müssen. Sie können sicher sein, dass ich Maßnahmen, die auf mittlere Sicht zu Ertragssteigerungen oder Einsparungen führen, immer unterstützen werde. Ich habe viel Verständnis dafür, dass bei dem Versuch politische Ziele umzusetzen, dies oft aus dem Blick gerät. Sie müssen aber auch Verständnis dafür haben, dass ich darauf achte, darauf hinweise und wo ich kann, die Einhaltung des Konsolidierungsweges sichern werde. Im Übrigen gibt es da auch noch die Kommunalaufsicht, die bei der Sicherstellung der Haushaltskonsolidierung wenig Verständnis für politische Ziele aufbringt und lokale Aspekte unberücksichtigt lässt.

Bei allen Erfolgen, die wir erzielen konnten, ist unser Haushalt mit vielen Risiken versehen, die das Ergebnis im nächsten Jahr und den beabsichtigten Ausgleich ab 2017 gefährden können.

Es überrascht niemanden, dass die Unterbringung, Betreuung, Versorgung und Integration der Flüchtlinge finanziell kaum kalkuliert werden kann. Im Augenblick weiß niemand, wie viele Flüchtlinge nächstes Jahr kommen werden, wie hoch die finanzielle Belastung noch wie hoch die finanzielle Unterstützung durch Bund und Land sein werden. Deshalb haben wir Ertrag und Aufwand in diesem Haushalt auf den Stichtag 31.12.2015 geschätzt und für 2016 eingeplant. Die Kommunalaufsicht hat angedeutet, dass sie einen solchen Weg mittragen kann. Es bedeutet aber auch, dass bei steigenden Flüchtlingszahlen ohne zusätzliche höhere Unterstützungsmittel, das geplante Haushaltsergebnis nicht eingehalten werden kann und Korrekturen vorgenommen werden müssen.

Ein weiteres Risiko sind die steigenden Soziallasten. Sowohl die Kosten der Unterkunft, die Eingliederungsleistungen für Menschen mit Behinderung wie auch die Jugendhilfe machen mir große Sorgen. Deshalb werden wir diese Bereiche im nächsten Jahr ausführlich betrachten, um neue Wege zu entwickeln, die den Betroffenen neue Perspektiven eröffnen und dadurch helfen Aufwand zu reduzieren.

Nichts Neues sind für uns die Risiken der Gewerbesteuer und der Schlüsselzuweisungen. Je nach wirtschaftlicher Entwicklung oder individueller Entwicklung einzelner Unternehmen schwanken diese Einnahmen, was immer wieder zu einer besonderen Herausforderung für die Einhaltung des Haushalts wird.

Als völlig unkalkulierbar hat sich in der Vergangenheit die Gesetzgebung des Bundes herausgestellt. Immer wieder werden, sicherlich nützliche, aber auf alle Fälle für die Kommunen teure Leistungen beschlossen oder Steuergesetze zu unseren Ungunsten geändert. Wie sich die anstehende Grundsteuerreform auswirken wird, kann heute noch nicht beantwortet werden. Sie wird aber auf alle Fälle auf unseren Haushalt beeinflussen. Zurzeit arbeitet die Bundesregierung am Bundesteilhabegesetz. So wichtig es ist, die Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderung und ihrer Familien zu verbessern, darf es nicht sein, dass es zu einer Kostenexplosion bei den Kommunen kommt. Leistungserweiterungen müssen vom Bund finanziert werden.

Darüber hinaus weist unser Risikomanagement bei einigen Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung auf die Schwierigkeiten bei der Umsetzung bzw. bei der Erreichung der Konsolidierungsbeträge hin. Maßnahmen, die nicht umgesetzt werden können oder die angestrebten Konsolidierungsbeiträge verfehlen, sind mit der Bezirksregierung zu diskutieren. Änderungen sind nur mit Zustimmung der Bezirksregierung möglich.

Die Risiken der Zinsentwicklung haben wir in der Ergebnisplanung der Folgejahre versucht zu berücksichtigen und sie deshalb jährlich nach den aktuellen Erkenntnissen nachgesteuert. Trotzdem bleibt das Zinsrisiko aufgrund der hohen Altschulden ein Problem, dass mit Hilfe von Bund und Land gelöst werden muss, weil bei steigenden Zinsen die Konsolidierungsbemühungen vollständig über den Haufen geworfen werden können.

Ich will jedoch auch darauf hinweisen, dass die zukünftige Entwicklung auch Chancen vorsieht, die wir nicht in die Haushaltsplanung einbauen können. So sind die zukünftigen Bundesentlastungen bei den sozialen Leistungen nur in der von der Kommunalaufsicht genehmigten Höhe berücksichtigt. Im Falle der gesetzlichen Regelung durch die Bundesregierung können hier neue Spielräume entstehen. Zurzeit gibt es eine intensive Auseinandersetzung, wie diese Entlastung erfolgen soll. Die „kommunale Familie“ ist sich hier nicht einig. Ich möchte dafür werben, dass sich die Vertreter der Parteien im Rat der Stadt in ihren Gremien dafür einsetzen, dass der Bund einen größeren Anteil an den Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose übernimmt.

Der Einsatz der genehmigten Fördermittel im Rahmen des Städtebaus und des Programms „Soziale Stadt“ sowie das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz werden zu einem enormen Investitionsvolumen führen. Wenn es der örtlichen Wirtschaft gelingt an diesem Investitionsvolumen entscheidend zu partizipieren, wird dies auch Auswirkungen auf die lokale Wirtschaftsentwicklung und damit auch auf den Haushalt der Stadt haben.

Dies gilt auch für eine verbesserte Aufstellung der Wirtschaftsförderung, die zu neuen Unterstützungsleistungen und neuen Impulsen für unsere Wirtschaft führen.

Sie sehen, dass es nicht nur düster ist, sondern auch Chancen für den Haushalt in der Zukunft lauern. Dennoch muss allen klar sein, dass es nicht einfach werden wird, die zu Beginn dargestellten Herausforderungen mit den uns zur Verfügung stehenden finanziellen Möglichkeiten zu meistern. Über den richtigen Weg müssen wir ernsthaft, aber respektvoll streiten. Wir müssen aber auch klug entscheiden, wofür wir die vorhandenen Mittel einsetzen und was wir erreichen wollen. Was wir aber nicht dürfen, sind parteipolitisch motivierte „Geschenke“ zu verteilen, deren Finanzierung uns nachher bei den Maßnahmen fehlt, die wir dringend für eine sozial gerechte und integrative Gesellschaft brauchen.

Die Risiken, die ich beschrieben habe und die soziale und wirtschaftliche Lage der Städte im Strukturwandel zeigen, dass die Finanzkrise vieler Städte nicht bewältigt werden kann, wenn Bund und Land ihre Verantwortung nur unzureichend wahrnehmen. Was erwarten wir von Bundes- und Landesregierung:

- Die Entlastung der Kommunen bei den Soziallasten in Höhe von 5 Mrd. € muss endlich gesetzlich geregelt und vollständig umgesetzt werden.
- Bund und Länder müssen sich über eine Regelung der Altschulden bei den Kommunen verständigen, um die Zinsrisiken in den Griff zu bekommen.
- Bei den Verhandlungen zu den Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen müssen die Kommunen endlich beteiligt werden und unsere finanzielle und strukturelle Lage berücksichtigt werden. Die Mittel dürfen nicht weiter nach der Himmelsrichtung, sondern müssen nach Bedarfslage verteilt werden.

- Schließlich müssen Bund und Land ihre Unterstützung bei der Bewältigung von Unterbringung und Integration der Flüchtlinge dem realen Bedarf anpassen. Es kann nicht sein, dass die Bundesregierung ihren Haushalt auf unsere Kosten sauber halten will und die Kommunen neben den gesellschaftlichen Herausforderungen bei der Flüchtlingsfrage auch noch die finanzielle Belastung tragen müssen. Dies ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung und muss vom Bund finanziert werden.

Für die Bewältigung der großen Herausforderungen und der dafür notwendigen Unterstützung von Bund und Land, bedarf es einer gemeinsamen Kraftanstrengung und Zusammenarbeit aller im Rat vertretenen Parteien.

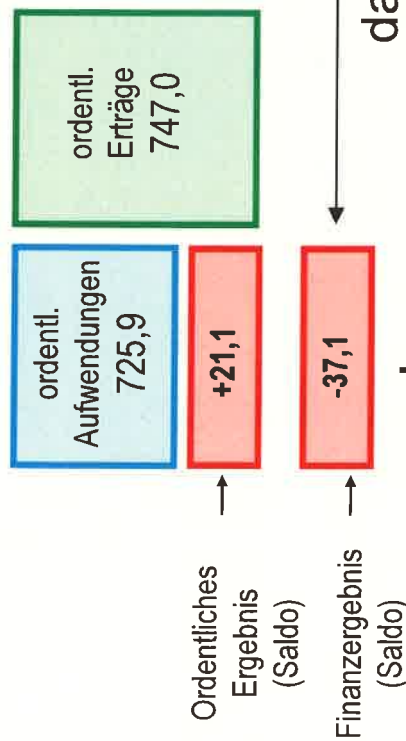
Lassen Sie mich wie in den Jahren zuvor, das Angebot der Zusammenarbeit für die Zukunft unserer Stadt wiederholen. Auch wenn dies in den Vorjahren bei einigen Anwesenden ungehört verhallt ist, gebe ich die Hoffnung darauf nicht auf: Ich bin eben Optimist.



Haushalt 2016



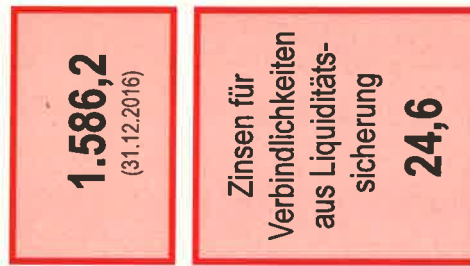
Ergebnisplan



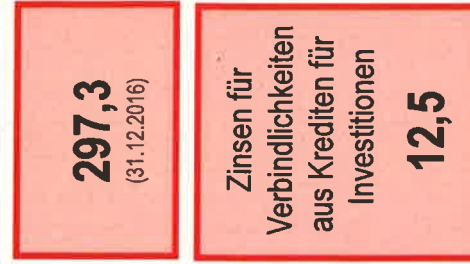
darin



Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung



Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen

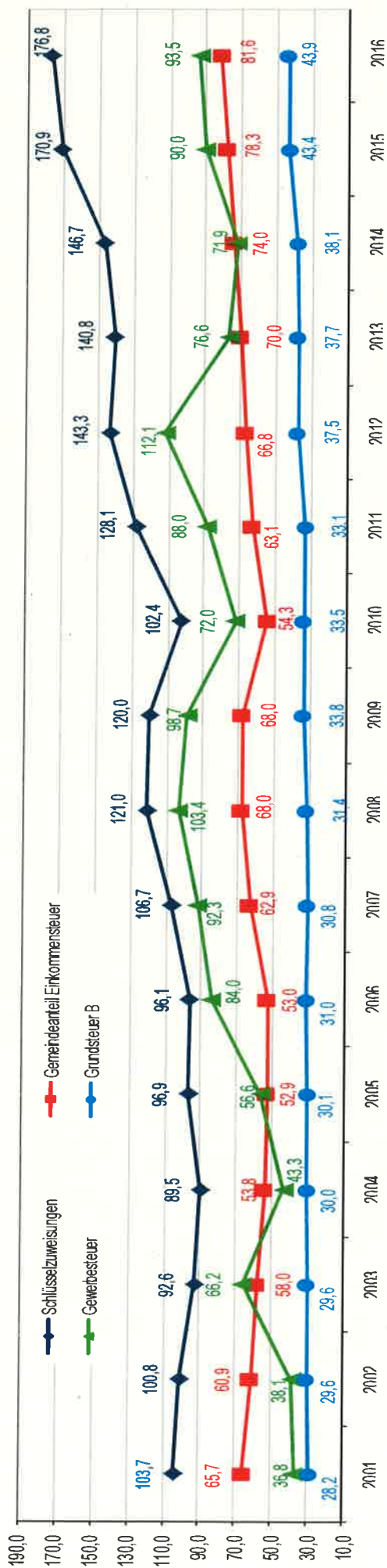


enthalten

HAUSHALT 2016

Steuern und steuerähnliche Erträge 2001 bis 2016 in Mio. EUR

Dezernat 1
Finanzen, Kultur



Einzahlungen

aus Investitionstätigkeit

(Zuweisungen, Beiträge, Grundstücksverkäufe)

17.383.190 EUR

Auszahlungen

aus Investitionstätigkeit

(=Investitionsvolumen)

37.198.800 EUR

Saldo aus Investitionstätigkeit

-19.815.610 EUR

Kreditbedarf

19.815.610 EUR

Ordentliche Tilgung

20.094.600 EUR

Nettoneuverschuldung

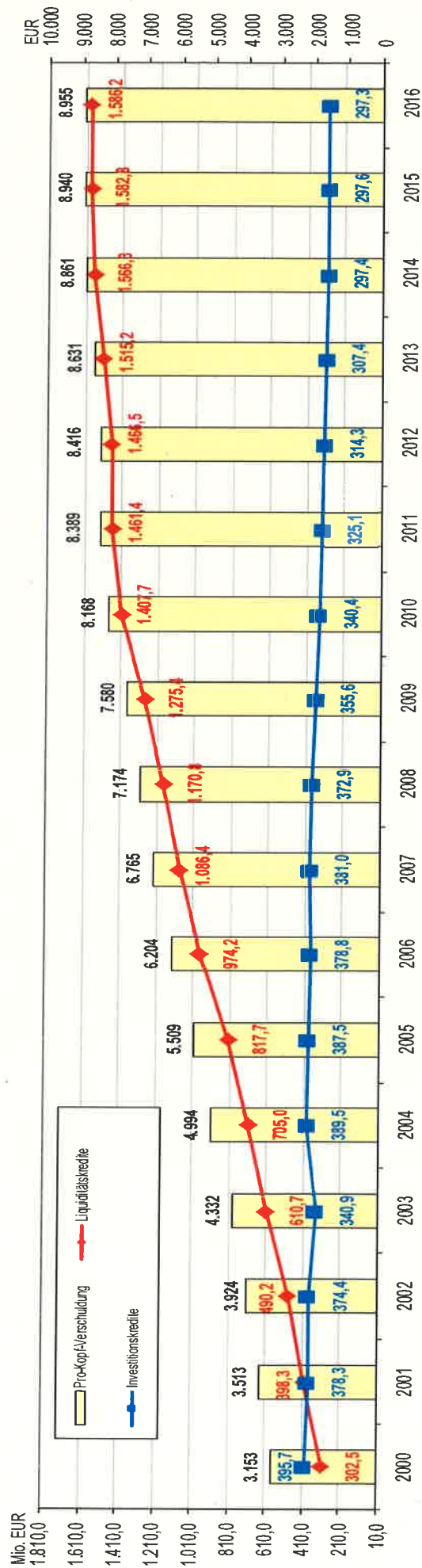
(Kreditvolumen - Tilgung)

-278.990 EUR

HAUSHALT 2016

Entwicklung Gesamtverschuldung 2000 bis 2016 in Mio. EUR

Dezernat 1 Finanzen, Kultur



HAUSHALT 2016

Sanierungsplanung 2015 bis 2021

Dezernat 1
Finanzen, Kultur

Sanierungsplanung (konsolidierte Daten aus Haushaltsplan und HSP)

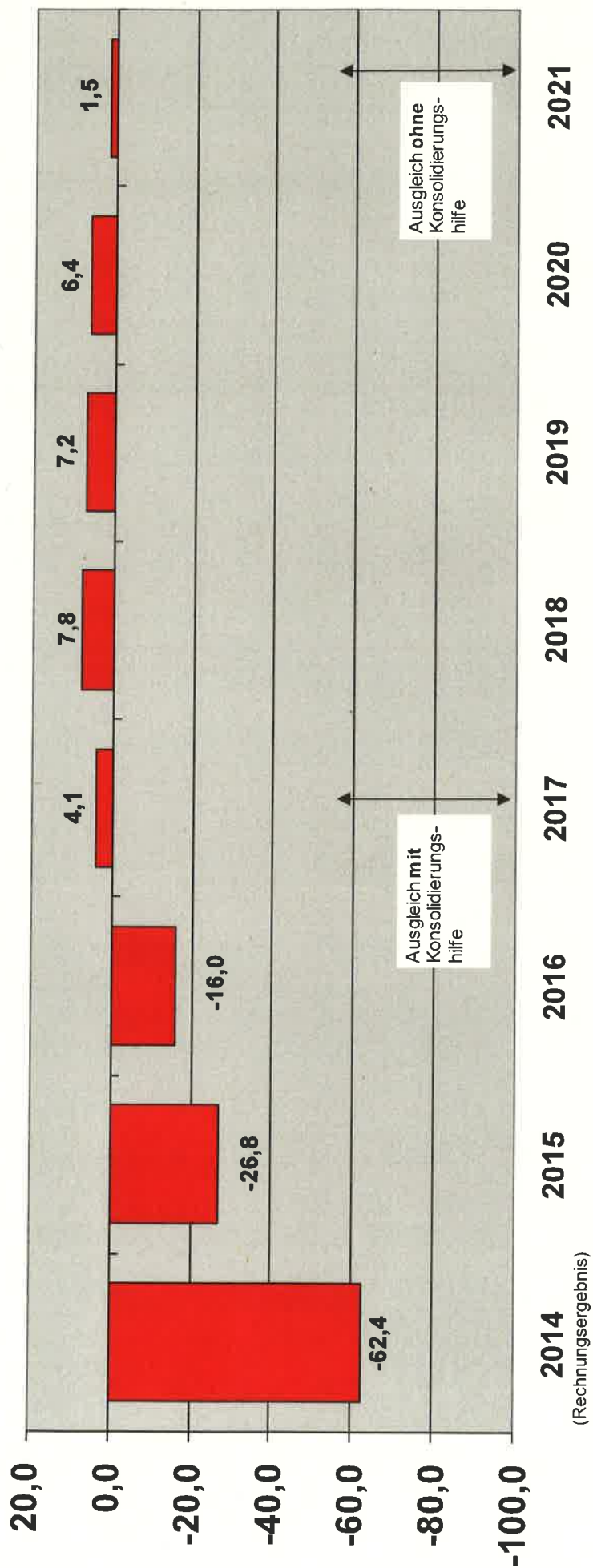
Ergebnisplanung 2015 bis 2021

Ergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten	2013 RE (EUR)	2014 RE (EUR)	2015 (EUR)	2016 (EUR)	2017 (EUR)	2018 (EUR)	2019 (EUR)	2020 (EUR)	2021 (EUR)	Bemerkungen
01 Steuern und ähnliche Abgaben	211.808.616	211.024.107	240.554.360	250.955.930	266.289.390	280.613.670	289.450.830	295.632.280	303.028.310	
02 + Zuwendungen und allg. Umlagen	249.367.528	256.076.259	285.472.720	287.680.048	297.457.550	291.339.927	286.683.472	277.311.672	268.285.402	
davon Konsolidierungshilfe Stärkungspakt	52.715.920	52.715.920	52.715.920	52.715.920	52.715.920	39.336.940	26.082.960	12.953.980	0	
davon Schlüsselzuweisungen	140.819.449	146.746.519	170.842.200	176.811.690	186.536.330	194.184.320	203.116.800	206.488.540	209.916.250	
03 + Sonstige Transfererträge	3.056.805	3.233.307	2.927.180	3.008.610	3.008.610	3.005.590	3.005.590	3.005.590	3.005.590	
04 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	96.157.928	97.588.928	95.817.030	100.123.678	99.485.598	99.440.598	99.485.598	99.485.598	99.485.598	
05 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	5.970.627	6.085.038	6.283.430	6.309.490	6.280.500	6.283.160	6.283.160	6.283.160	6.283.160	
06 + Kostenersatzungen u. Kostenuml.	45.257.119	55.512.167	52.439.270	75.793.340	77.463.970	79.750.810	79.592.420	79.206.540	78.820.670	
07 + Sonstige ordentliche Erträge	25.311.383	27.481.612	25.231.960	23.126.420	23.126.380	24.584.220	21.486.340	21.486.340	21.486.340	
08 + Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
09 +/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
10 = Ordentliche Erträge	636.930.006	657.001.418	708.725.950	746.997.516	773.111.998	785.017.975	785.987.410	782.411.180	780.395.070	
11 - Personalaufwendungen	125.546.900	128.537.201	119.429.030	127.548.178	129.403.030	131.240.860	133.050.050	134.395.810	135.374.580	
12 - Versorgungsaufwendungen	15.756.285	20.977.687	24.247.970	23.871.180	24.436.070	25.034.490	25.647.830	25.647.830	25.647.830	
13 - Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen	156.774.361	142.673.387	147.841.330	154.669.030	153.843.830	154.124.246	154.328.081	154.520.070	155.226.710	
14 - Bilanzielle Abschreibungen	47.108.543	48.838.975	46.900.860	46.896.620	46.892.150	46.892.150	46.892.150	46.892.150	46.892.150	
15 - Transferaufwendungen	226.952.377	238.091.866	251.581.420	270.985.440	272.638.830	275.329.970	274.690.454	270.231.450	272.383.080	
16 - Sonst. ordentliche Aufwendungen	100.691.518	102.498.167	101.417.890	101.907.000	101.827.240	101.763.360	98.178.250	97.031.270	95.906.270	
17 = Ordentliche Aufwendungen	672.629.984	681.617.283	691.418.500	725.877.448	729.041.160	734.385.076	732.786.816	728.718.580	731.430.620	
18 = Ordentliches Ergebnis	-36.699.978	-24.615.865	17.307.460	21.120.068	44.070.848	50.632.899	53.200.595	53.692.600	48.964.450	
19 + Finanzerträge	815.122	1.285.334	1.246.920	1.196.800	1.176.510	1.143.430	1.107.120	1.107.120	1.107.120	
20 - Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	37.482.168	39.042.547	45.356.790	38.331.190	41.125.840	43.962.700	47.082.720	48.382.720	48.602.720	
21 = Finanzergebnis	-38.667.046	-37.757.212	-44.109.870	-37.134.390	-36.947.330	-42.819.270	-45.976.800	-47.276.600	-47.496.600	
22 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-72.667.023	-62.373.077	-26.802.420	-16.014.322	4.123.610	7.813.629	7.224.995	6.417.000	1.468.660	
23 + Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
24 - Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
25 = Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
26 = Jahresergebnis	-72.667.023	-62.373.077	-26.802.420	-16.014.322	4.123.610	7.813.629	7.224.995	6.417.000	1.468.660	
Höhe des Eigenkapitals (Stand: 31.12)	-860	-942	-969	-965	-981	-973	-966	-969	-968	

HAUSHALT 2016

Ergebnisplanentwicklung
2015 bis 2021 in Mio. EUR

Dezernat 1
Finanzen, Kultur





„Gemeinsame Wege zum Wohle der Stadt“

Rede

der Vorsitzenden der CDU-Fraktion

im Rat der Stadt Oberhausen,

Stadtv. Simone-Tatjana Stehr,

zum Haushalt 2016

Ratssitzung 16. November 2015

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Gäste,

traditionell und nicht nur bei uns in Oberhausen geben die Reden zum Haushalt den Oppositionsparteien Gelegenheit zur **Generalabrechnung** mit dem politischen Gegner.

Traditionell wird diese Gelegenheit in der Regel auch in 100 Prozent aller Fälle genutzt, und zumindest solange **ich** diesem Rat angehöre, gab es da bisher noch keine Ausnahme.

Selbstverständlich werde ich mir gleich auch einige kritische Anmerkungen erlauben, die mir - mit Verlaub - unverzichtbar erscheinen. Doch die Tradition der klassischen Haushaltsrede mit angespitzter Wortwahl und zuweilen auch angriffslustiger Rhetorik werde ich hier und heute nicht fortsetzen.

Was nichts Anderes heißt, als dass es mir jetzt und in Zukunft um absolute **Sachlichkeit** gehen wird.

Und das hat gleich mehrere Gründe:

Beginnen wir mit dem eingangs von mir verwendeten Begriff der „Oppositionsparteien“, der in unserer Situation schon verwirrend genug ist. Gibt es diese Oppositionsparteien angesichts der neuen Mehrheitsverhältnisse überhaupt noch in unserem Stadtparlament? Und wenn nicht, wie nennen wir sie denn sonst? Zugegeben fällt mir auch nach langem Nachdenken kein anderer Sammelbegriff für BOB, Linke Liste, Bürgerliste und CDU ein.

Trotzdem ist die Bezeichnung Opposition genauso so irreführend wie das Festhalten von SPD, Grünen und FDP an der sogenannten Ampelkoalition.

Wobei der Begriff Ampel mir persönlich doch sogar noch irreführender erscheint. Denn eine Koalition ergibt ja eigentlich nur dann Sinn, wenn sie regierungsfähig ist. Und das ist sie mit ihren 30 Sitzen bekanntlich seit einiger Zeit nicht mehr. Während die Opposition – so wir sie denn so nennen wollen und so sie geschlossen auftritt – mit der Stimme des Oberbürgermeisters noch jederzeit eine Mehrheit herstellen kann.

Haben wir es **also hier** mit der eigentlichen Stadtregierung zu tun? Ich meine nicht, und falls das jemanden Sorgen bereiten sollte: Das ist auch gar nicht unser Bestreben.

Ich weiß, liebe Kolleginnen und Kollegen zu meiner Linken: Sie bezweifeln ohnehin, dass wir in der Vier-Parteien-Opposition immer den nötigen Konsens schaffen werden. Und in der Tat gehört zur Wahrheit, dass wir das sicherlich in einigen Fällen nicht hinkriegen werden. Was jedoch beide beschriebenen Situationen gewiss zeigen, dass wir irgendwie alle gemeinsam mit den gleichen Problemen zu kämpfen haben: Wir stehen alle vor der Aufgabe, politische Entscheidungsprozesse ohne echte Mehrheiten herbeiführen zu müssen und zu wollen.

Die Frage, die sich daraus ergibt, ist jetzt natürlich: Was macht das mit uns? Und ich will Ihnen gerne meine Schlussfolgerung aufzeigen: Wir alle, meine Damen und Herren - und damit meine ich wirklich alle – sollten uns der unumstößlichen Tatsache bewusst sein, dass wir einander mehr denn je brauchen, wenn wir Oberhausen nach vorn bringen wollen.

Die Zeit des Durchregierens ist vorbei. Und ich habe Verständnis dafür, wenn diese Einsicht den einen – liebe Genossen – schwerer fällt als den anderen. Trotzdem sehen wir uns alle diesem Faktum gegenüber. Wir sollten es akzeptieren. Oberhausen steckt aus vielerlei Gründen in einer äußerst schwierigen Situation und in einer - wie dargestellt - politisch verzwickten Lage. **Das schreit förmlich nach Gemeinsamkeit.** Vorausgesetzt, man ist daran interessiert, wirklich das Beste für das Leben in unserer Stadt und damit für unsere Bürgerinnen und Bürger zu erreichen.

Ich möchte an dieser Stelle gerne ein Beispiel für die Notwendigkeit nach Gemeinsamkeiten geben: Ein Beispiel, das den Haushalt zusätzlich belastet und mit Unabwägbarkeiten versieht, die uns noch zu schaffen machen könnten. Die Rede ist von der Flüchtlingsproblematik. Zum Glück haben wir in Oberhausen – wie auch in zahlreichen anderen Kommunen - eine großartige Willkommenskultur für Flüchtlinge. Aber zur Wahrheit gehört auch, dass es Ängste und Sorgen in der Bevölkerung gibt und dass es Menschen gibt, die die positive Grundhaltung, die Hilfsbereitschaft und das überragende Engagement zum Kippen bringen könnten. **Meine tiefe Überzeugung ist es, dass sich die demokratischen Kräfte hier nicht auseinanderdividieren lassen.**

Zum Glück herrscht beim Thema Flüchtlinge ein Grundkonsens.

Was aber spricht eigentlich dagegen, auch auf anderen kritischen Politikfeldern nach mehr Gemeinsamkeiten zu suchen. Was hält uns davon ab, über Parteigrenzen hinweg sachorientierte Entscheidungen herbeizuführen? Zum Wohle der Stadt, das doch ganz sicher allen Anwesenden am Herzen liegt! Ich will gar nicht lange drum herumreden, sondern eine offene und ehrliche Antwort geben: Was uns zuweilen davon abhalten könnte, sind vor allem Befindlichkeiten und Verletzun-

gen, die zurückgeblieben sind. Und zwar, liebe Kolleginnen und Kollegen, sicher auf allen Seiten. Gerne werbe ich an dieser Stelle darum, diese Hürden zu überwinden.

Und ich bin davon überzeugt, dass uns das gemeinsam gelingen wird. Selbstverständlich tröstet man sich erfahrungsgemäß immer mit der eigenen Sicht auf die Dinge, um Erklärungsmuster zu finden, die entlasten. Ich denke in diesem Zusammenhang an die Darstellung des vermeintlich stillen Wahlkampfes.

Und ja, richtig ist tatsächlich, auch wir von der CDU waren manchmal absolut verärgert; beispielweise über als Abbruchpartys getarnte Wahlveranstaltungen auf Steuerzahlerkosten, die sich leider als Luftnummern entpuppten. Ich will es bei dem Stichwort Center Point belassen und mich damit dann auch begnügen.

Denn hier wie dort würde die Aufzählung vergangener Ärgernisse nur Salz in vielleicht immer noch nicht ganz verheilte Wunden streuen. Das wäre fatal und bringt uns nicht weiter.

Schauen wir deshalb nach vorn und machen uns zunutze, dass die Dinge im Rückspiegel oft deutlich kleiner werden und unbedeutender wirken, wenngleich ich gerne einräume, dass nach einer verlorenen Wahl das Vergessen und Vergeben schwerer fällt als nach einer gewonnenen. Und Sie dürfen mir glauben, meine Damen und Herren, dass wir auf diesem Gebiet genügend Erfahrungen gesammelt haben, sozusagen Experten sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lassen Sie uns gemeinsam einen neuen Politikstil einschlagen, neue Wege nach Lösungen suchen. Und wenn schon nicht mit Begeisterung, dann wenigstens aus Einsicht in die Notwendigkeiten, aus der bei entsprechendem Erfolg im übrigen eine echte Begeisterung wachsen kann

– auch das kann ich zumindest aus der Oppositionsarbeit dokumentieren.

Eines sollen meine Ausführungen aber keineswegs heißen: Dass wir uns nicht nach demokratischen Gepflogenheiten weiterhin in der Sache um die besten Ideen streiten sollten. Denn produktiv macht der Widerspruch, während uns das Gleich in Ruhe lässt, wie bereits vor 200 Jahren Goethe formulierte.

So werden wir mit ziemlicher Sicherheit weiter mit Ihnen darüber diskutieren, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wie wir künftig mit der Oberhausener Gebäudemanagement GmbH umgehen. Dass die CDU seit vielen Jahren schon mit großem Unverständnis auf die Ungereimtheiten, auf die Skandale und Skandälchen bei der OGM reagiert, wissen Sie nur zu gut. Maklercourtage an der Landwehr mutieren plötzlich zu Verwaltungsgebühren, weil man rechtliche Probleme fürchtet. Probleme, die aus unserer Sicht übrigens mit diesem Trick noch nicht ausgeräumt sind. Beim panikartigen, mindestens aber überstürzten Kauf von Schrottimmobilien stoßen wir ständig auf Ungereimtheiten und dabei wird dann auch schon mal die Grunderwerbsteuer doppelt fällig. Fehlkalkulation, explodierende Preise, undurchsichtige Transaktionen und als trauriger Höhepunkt der Handyskandal, der uns allen schadet!

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Ampelkoalition, hier muss man doch Handlungsbedarf sehen. Hier kann man nicht weiter mit Verharmlosungen und Entschuldigungen reagieren. Die allermeisten Menschen in unserer Heimatstadt erhoffen sich zurecht, dass wir den Problemfall OGM endlich anpacken und lösen. Wir würden auch hierzu gern auf eine breite politische Mehrheit setzen und werben um eine gemeinsame Haltung und um ein gemeinsames Vorgehen. Ich finde das muss in unserer Stadt einfach möglich sein.

Auch hat die CDU definitiv eine andere Auffassung davon, wie man Bürgerbeteiligung herstellt und lebt. Ein 25-köpfiges Gremium, in dem es nur 9 Bürgerinnen und Bürger gibt, während der Rest aus Verwaltung und Politik kommt, kann nicht der Stein der Weisen sein. Selbst wenn die Mitglieder sich mit noch so viel Engagement einbringen. Was wir brauchen – und zwar unabhängig vom Arbeitskreis Bürgerbeteiligung, den wir selbstverständlich nicht torpedieren wollen – ist eine neue Kultur des Miteinanders von Bürgern, Politik und Verwaltung.

„Kritik als Chance begreifen und nicht als Bedrohung“, dies ist ein Zitat des neuen Oberbürgermeisters, das ich, das wir als CDU gerne aufgreifen.

Wer Kritik als ständige Bedrohung begreift, meine Damen und Herren, läuft auch Gefahr, die Realität schlichtweg auszublenden und sich seine eigene Welt so zu machen, wie sie ihm gefällt. Ich verzichte jetzt auf die dazugehörige Gesangeinlage, mit der Andrea Nahles immerhin die Charts gestürmt hat.

„Der Aufschwung geht an Oberhausen vorbei“, stellte noch vor weniger als drei Monaten der Unternehmerverband fest. Und dies tat er sicherlich nicht, um uns, um die Stadtspitze oder sonst irgendjemanden zu ärgern. Wir müssen endlich alle zur Kenntnis nehmen, was unabhängige Fachleute uns immer wieder und an vielen Stellen ins Gästebuch schreiben: Der deutschlandweite Aufschwung hat in unserer Stadt zumindest nicht in dem Ausmaß stattgefunden, wie wir es erwarten durften. Und lassen Sie mich den Unternehmerverband weiter zitieren, wenn er schlichtweg feststellt: Hohe finanzielle Belastungen für Unternehmen, insbesondere durch die horrenden Steuersätze behindern massiv die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt.

Genau hier landen wir wieder beim Haushalt. Auf die zu hohen Grund- und Gewerbesteuern, will ich es aber heute reduzieren und auch an dieser Stelle auf eine Generalabrechnung verzichten. Das soll allerdings nicht heißen, dass die Positionen, die wir in den vergangenen Jahren hart kritisiert haben, plötzlich unsere Zustimmung finden. Leider gibt es immer noch genügend Gründe dafür, dass wir dem Haushalt und dem Haushaltsanierungsplan 2016 nicht zustimmen. Wir haben lange gerungen, ehe wir innerhalb der Fraktion in dieser nicht ganz einfachen Situation zu einem Votum kamen. Und, nachdem wir jahrelang mit großer Überzeugung den Haushalt abgelehnt haben, fiel es uns nicht ganz einfach, diesmal gegen diese Logik zu verstoßen. Aber auch mit Blick auf die neuen Mehrheitsverhältnisse sehen wir die Gefahr, dass wir ohne genehmigten Haushalt aus dem Stärkungspakt fallen könnten und damit von überlebenswichtigen Fördermitteln abgeschnitten werden. Deshalb hat sich die CDU in diesem Jahr bei der Abstimmung enthalten. Dies verbindet sie gleichzeitig mit der Hoffnung, dem nächsten Haushalt aus vollem Herzen zustimmen zu können und auf dem Weg dorthin in vielen gemeinsamen Sitzungen und Diskussionen gute Ergebnisse für unsere Stadt zu erzielen.

Lassen Sie mich mit einem Zitat des Philosophen Karl Popper abschließen, zusammenfassen und ausblicken:

„Die Zukunft ist offen. Sie hängt von uns ab – von uns allen!“

Vielen Dank

Glückauf

Oberhausen, 16.11.2015

Haushaltsrede 2016

zur Verabschiedung des Haushaltes in der Ratssitzung am 16.11.2015

Dr. Martin Goeke
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, wieder einmal stehen wir vor der Verabschiedung des kommunalen Haushalts. Wieder einmal bleibt uns nichts anders übrig als den Mangel zu verwalten. Und wieder einmal beklagen wir alle die mangelhafte finanzielle Ausstattung der Kommunen, darunter natürlich auch die Oberhausens. Ich bin mir sicher, dass wir hier noch viele Haushaltsreden halten können, ohne dass von der Mehrheit der hier vertretenen Parteien das eigentliche Problem erkannt, geschweige denn dieses angegangen wird. Der Schuldenstand ist nach wie vor unaussprechbar hoch und übersteigt das komplette Vermögen und den Besitz der Kommune. Viele hier im Ratssaal betrachten ihn als hausgemachtes Problem. Doch dies ist nur zu einem Teil richtig. Vielmehr liegt es daran, dass Bund und Land seit Jahrzehnten Aufgaben an die Kommune weitergeben, ohne für einen finanziellen Ausgleich zu sorgen. Wir geben daher nicht zu viel aus, wir nehmen zu wenig ein. Auf Hilfe aus Berlin und Düsseldorf warten wir seit Jahren vergebens.

Zwar appellieren wir alle seit Jahren an den Bund und an das Land Veränderungen herbeizuführen, getan hat sich aber nichts. Ja, inzwischen habe ich die Hoffnung auf Veränderung sogar fast aufgegeben. Denn egal ob schwarz-gelb, rot-grün oder Große Koalition. Es sind, meine Damen und Herren, ihre Parteienvertreterinnen und –vertreter in Land, Bund und EU, die für entsprechende Gesetze verantwortlich sind. Doch die Große Koalition hat Steuererhöhungen für Reiche zum Tabu erklärt. Gleichzeitig trägt sie die „schwarze Null“ ohne Rücksicht auf Verluste wie eine Monstranz vor sich her. Systematisch wird stattdessen seit Jahrzehnten durch die Politik zugelassen, dass sich die großen Konzerne der Finanzierung der gesellschaftlichen Aufgaben entziehen können und nur noch die Lohnabhängigen und der Mittelstand belastet werden.

Eine verlässliche Kinderbetreuung, gute Schulen, eine funktionierende öffentliche Verwaltung, attraktive Kultur- oder Sporteinrichtungen, eine moderne Infrastruktur –

das ist das, was Bürgerinnen und Bürger von ihren Kommunalvertretungen erwarten. In einem der reichsten Länder sollte ein solches Angebot selbstverständlich sein. Geld ist genug da!

Sie alle hier versuchen hingegen seit Jahren vergeblich mit Kürzungen im Jugend-, Sport- und Sozialbereich aber auch beim ÖPNV und Investitionen für den Erhalt von Gebäuden und Straßen die dramatische Haushaltslage in den Griff zu bekommen.

Diese jahrelange Sparpolitik in Oberhausen hat in vielen dieser Bereiche zu einer strukturellen Unterversorgung geführt. Soziale Dienstleistungen, Stellen für Personal und Fachleute in der Verwaltung, die kulturelle Infrastruktur generell sind eingedampft worden. Es fehlt an Lehrern und Schulraum, an Inklusion, an sozialer Beratung und Qualifikation, an einem gut ausgebauten ÖPNV als Alternative zum Individualverkehr, am sozialen Wohnungsbau und an vielem mehr.

Die immer weitergehenden Kürzungen haben letztlich dazu geführt, dass die Lebensqualität in Oberhausen, die Attraktivität unserer Stadt leidet. Die Unzufriedenheit wächst. Wir rechnen mit sinkenden Bevölkerungszahlen. Aber wir tun nichts, um die Menschen bei uns zu halten oder neue für Oberhausen zu gewinnen. Außer dem Ausweisen von Neubaugebieten für Einfamilienhäuser fällt den Verantwortlichen dazu nichts ein.

Und so geht der Tanz um das goldene Sparschwein weiter. Auch der Stärkungspakt ist keine ausreichende Lösung der Unterfinanzierung der Kommunen. Er ist nicht einmal eine ausreichende Hilfe zur Selbsthilfe. Im Gegenteil: Der Stärkungspakt behindert die Selbsthilfe. Jemandem die Beine fesseln und dann sagen „Lauf schneller“, das funktioniert nicht, auch wenn man Geld dazu gibt. Das ist die Politik unter der das griechische Volk leidet.

Lassen Sie mich einige Beispiele nennen, worin sich unsere Kritik am Haushalt manifestiert:

Beginnen möchte ich beim **Personal** und einige Worte zum Stellenplan sagen, den sie gerade verabschiedet haben. Denn zu den Wehklagen, die regelmäßig angestimmt werden, wenn es um die städtischen Ausgaben geht, gehören immer wieder die Personalkosten. Personalkürzungen sind als Konsolidierungsmaßnahme aber absolut ungeeignet. Weniger Personal bedeutet nicht weniger Arbeit. Und so bestätigt der Stellenplan 2016 ein altes Sprichwort, wonach nicht alles Gold ist, was glänzt. Die Vorlage weist zwar aus, dass die Stadt im Vergleich zu 2015 insgesamt 30,5 neue Stellen eingerichtet hat. Auch, dass diese neuen Stellen eine Folge der gewachsenen Aufgaben sind, die vor allem im Bildungs- und Asylbereich erfüllt werden müssen und es für sie eine kostenneutrale 100%ige Refinanzierung gibt, wird in der Vorlage gerne erwähnt. Was aber nicht erwähnt wird ist, dass in den letzten Jahren sukzessive volle Planstellen abgebaut wurden und dass das heute neu eingestellte Personal fast ausschließlich mit Zeitverträgen abgespeist wird. Befristete Beschäftigung bedeutet existentielle und finanzielle Unsicherheit für die Betroffenen – daher treten wir uneingeschränkt für die Schaffung von sicheren Beschäftigungsverhältnissen ein. Gerade die Stadt als öffentlicher Arbeitgeber hat hier eine Vorbildfunktion, die sie auch erfüllen sollte.

Ebenfalls verdeutlicht der Stellenplan in seinen Anlagen, dass fortlaufend seit mehreren Jahren in etwa 100 Stellen unbesetzt sind. Wie die Verwaltung angesichts gestiegener Aufgabenfülle damit umgehen möchte, bleibt das Geheimnis des Personaldezernenten. Die zu erwartende Folge wird eine weitere Verdichtung der Arbeit der Beschäftigten sein. Tatsächlich arbeiten die Beschäftigten schon längst am, wenn nicht über dem erträglichen Limit. Uns allen sind noch die Überlasungsanzeigen der Mitarbeiter in der Jugendhilfe präsent und auch die Mitarbeiter in den Jobcentern haben erst in diesem Jahr auf ihre Arbeitssituation aufmerksam gemacht, die durch Mehrbelastung, Überstunden und hoher Arbeitsdruck gekennzeichnet ist. Dies alles sagt aus unserer Sicht viel über die jetzige Personalsituation.

Das ist nicht nur unverantwortlich gegenüber dem städtischen Personal, sondern auch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, die auf die Serviceleistungen der Stadt angewiesen sind.

Insbesondere in der **Flüchtlingsarbeit** wird das Fehlen an Stellen aktuell deutlich. Mein besonderer Dank gilt an dieser Stelle zunächst den vielen Oberhausenerinnen und Oberhausenern, die in unseren Asylbewerberunterkünften ehrenamtlich tätig sind, für ihren unermüdlichen Einsatz und ihr Engagement bei der Integration der Flüchtlinge. Aber zur Betreuung der Flüchtlinge benötigen wird mehr hauptamtliches und qualifiziertes Personal, insbesondere um den selbstgesetzten und bei weitem zu hohen Betreuungsschlüssel von einem Sozialarbeiter für 150 Flüchtlinge überhaupt einhalten zu können. Weitere Stellen, die aufgrund dieser zusätzlichen Aufgaben zum Beispiel im Jugendamt und in den Querschnittsbereichen notwendig sind, werden und müssen jetzt bereits besetzt werden und ich sage Ihnen, damit ist noch nicht das Ende der Fahnenstange erreicht. Langfristiger Stellenauf- statt Stellenabbau ist daher das Gebot der Stunde.

Ein Streichkonzert im Haushalt wird dabei nicht weiterhelfen. Schon allein die weiteren Aufgabensteigerungen im Jugend- und Sozialbereich sind so nicht aufzufangen.

Dadurch wird nur die Unkultur der Armut gefestigt. Überhaupt kommt das Thema **Armut**, das in unserer Stadt eines der drängendsten Probleme ist, in den Diskussionen um die städtische Finanzplanung bestenfalls am Rande vor. Dabei ist die Bekämpfung von Armut in allen ihren Ausprägungen nicht zuletzt auch eine Aufgabe auf kommunaler Ebene. Erst im Februar dieses Jahres hat der Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverband aufgezeigt, dass Arbeitslose und Alleinerziehende in Oberhausen besonders akut von Armut bedroht sind. Auch die Altersarmut hat in den vergangenen Jahren immer weiter zugenommen. Mit einer Armutsquote von im Momente 18,9 Prozent können wir uns beileibe nicht

schmücken, liegt sie doch weiter über der von ganz NRW mit 17,1 Prozent. Die wachsende Armut sehen wir zum Beispiel daran, dass die Ausgabestellen der Tafel ausgeweitet werden mussten. Besonders dramatisch ist, dass Jugendliche vermehrt zu den Angeboten der Tafel greifen müssen, um an günstige Nahrungsmittel zu kommen.

Um geeignete Maßnahmen ergreifen zu können, muss man die Situation kennen, in der sich diese Menschen befinden. Wir brauchen daher einen eigenen Armutsbericht für Oberhausen, um den unterschiedlichen Formen von Armut aktiv begegnen und geeignete Gegenstrategien entwerfen zu können.

Wir müssen auch den jahrelangen Stillstand im **sozialen Wohnungsbau** beenden. Oberhausen braucht dringend mehr sozial geförderten Wohnraum. Insbesondere Wohnungen für Singles oder Bezieher von Arbeitslosengeld II haben wir eindeutig zu wenig, da es in erster Linie größere Wohnungen sind, die leer stehen. Seit Jahren fordern wir, Flüchtlinge in Wohnungen statt in Heimen unterzubringen. Vor allem aus humanitären Gründen, aber auch, weil es günstiger ist. Inzwischen hat sich die Idee zumindest ansatzweise durchgesetzt. Wir fragen uns nur, wo sollen sie in Oberhausen wohnen? Oberhausen braucht endlich ein echtes Handlungsprogramm für mehr soziale Wohnraumförderung.

Letzter Punkt: Auch im Bildungsbereich verspricht der Haushalt zukünftig nichts Gutes, wie dem vorgestellten Entwurf des **Schulentwicklungsplans** zu entnehmen ist. Für uns ist es völlig unakzeptabel, dass die Schulentwicklungsplanung unter dem Zeichen des Rotstifts vorgenommen wird. Demnach sollen die Aufwendungen für Schule in Oberhausen bis 2021 um mehr als 30 Millionen Euro gekürzt werden. Nach 2021 entfallen jährlich weitere 5 Millionen Euro. Bei einem Sanierungstau von 70 Millionen Euro, fehlendem Raum für Ganztag, Inklusion und Beschulung von Flüchtlingskindern und mangelhafter Ausstattung der Schulen kommt dies einer Bankrotterklärung gleich. Insbesondere für den Grundschulbereich müssen

schleunigst alternative Überlegungen, für die im Randbereich zur Schießung vorgeschlagenen Grundschulen auf den Tisch gebracht werden.

Wie sie aus meinen Worten folgern können, reicht die Umschichtung von Haushaltsgeldern nicht und der Weg des „Sparens“ ist im Ergebnis desaströs für die Stadt. Radikales Sparen in der Krise hilft nicht beim Schuldenabbau, dies zeigen ökonomische Analysen und sollte uns am Beispiel der Länder Südeuropas deutlich werden.

Insbesondere die starken Steuersenkungen Anfang der 2000er Jahre wirken bis heute nach und haben zu erheblichen Mindereinnahmen für die Kommunen geführt. Alleine bis 2013 haben die Änderungen des Steuerrechts den Kommunen mehr als 56,2 Milliarden Euro gekostet.

Eine Verbesserung der kommunalen Finanzlage kann daher nur über eine Veränderung der Einnahmesituation bewirkt werden. Eine Korrektur der steuerpolitischen Fehler der Vergangenheit, eine verfassungskonforme Wiedererhebung der Vermögensteuer und eine deutlich gestärkte Erbschaftsteuer sowie die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen ist dringend von Nöten. Alleine die Einführung und Anwendung einer Vermögenssteuer mit einem Steuersatz von nur fünf Prozent könnte auf Oberhausen herunter gebrochen, jährlich eine Summe von 200 Millionen bedeuten, die Oberhausen effektiv zur Verfügung stehen würde.

So bleibt aber bislang die Gewerbesteuer die größte Einnahmequelle der Kommunen. Mehr als 40 Prozent des gesamten kommunalen Steueraufkommens entfallen auf sie. Wir treten dafür ein, die Gewerbesteuer zu einer Gemeindewirtschaftsteuer weiterzuentwickeln. Ziel ist die Einbeziehung aller unternehmerisch Tätigen in die Bemessungsgrundlage der Steuer, um Ungleichbehandlungen zu beseitigen. Hierdurch können sowohl die Einnahmen der Gemeinden erhöht als auch die starke Abhängigkeit der Gewerbesteuereinnahmen von der konjunkturellen Lage reduziert

werden.

Wer also meint, wir als Kommunalvertreterinnen und –vertreter dürfen nicht weiter als unsere Stadtgrenzen denken und uns nicht über komplexe Zusammenhänge Gedanken machen oder meint dies gehöre sich nicht, hat seine Aufgabe als Kommunalvertreterin und –vertreter nicht verstanden.

Denn worüber nicht geredet wird: Geld ist genug da! Der private Reichtum ist so groß wie noch nie. Doch er ist sehr ungleich verteilt. Und längst ist erwiesen, dass hohe Ungleichheit der Gesellschaft schadet. Wenn sogar die OECD vor den Entwicklungen in Deutschland warnt stimmt das System nicht.

Jeder tatsächlich gesellschaftlich akzeptierte Bedarf ist auch finanzierbar. Wir leben in einem der reichsten Länder der Erde, es muss hier also keine verarmten Kommunen geben. Wer die Kommunen entlasten will, muss sich Geld entsprechend von den Konzernen, Banken und Millionären holen. Eine zusätzliche Befreiung von den Zinslasten würde der Stadt zudem den Weg zurück in die kommunale Selbstverwaltung öffnen.

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

ich komme zum Schluss. Nach meinen Ausführungen sollte klar sein, dass DIE LINKE.LISTE dem vorliegenden Haushalt und der mittelfristigen Finanzplanung nicht zustimmen wird. Das Zahlenwerk wird den Anforderungen vor allem im Wohnungs- und Sozialbereich nicht gerecht und stellt die Grundsichullandschaft zur Disposition, um nur wenige Beispiele zu benennen. Auch eine Verbesserung der angespannten Personalsituation ist für uns nicht erkennbar. Kurz und schlecht: Zu diesem Haushalt, wie er uns hier vorliegt, kommt von der LINKEN.LISTE ein klares Nein.

Es gilt das gesprochene Wort!

Stellungnahme der Freien Demokraten im Rat zum Haushalt 2016 und zum Haushaltssicherungsplan

Ratssitzung am 16. November 2016 (Tonaufzeichnungsmitschrift)

Hans-Otto Runkler, Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

nach diesem Wochenende kann ich keine Haushaltsrede halten, wie Sie es sonst gewohnt sind. Ich möchte es auch nicht. Ich denke, dass diese Ereignisse in ihrer Tragik das Koordinatensystem für uns alle verschoben haben. Wir stehen unter diesem Schock. Der Schock ist ja ein doppelter: einmal das Mitleiden, die unfassbare Betroffenheit und Trauer über das Leid der Menschen in Paris; aber auch die Abgebrühtheit, mit der dann sofort im Reflex der Brückenschlag gesucht wurde, in den sogenannten sozialen Medien, zur Flüchtlingsthematik. Dazu haben die Vorrednerinnen und Vorredner auch schon Richtiges gesagt und ich denke, wir sind uns da einig. Aber die Enthemmtheit, dass man auf eine Tastatur sehr viel schneller einschlagen kann als das Hirn eingeschaltet wird, findet ja keine Grenzen, auch bei hohen Amtsträgern. Deshalb muss man in aller Deutlichkeit sagen: wer hat denn das Bild gezeichnet von Terroristen, jungen Männern, die im Ausland ausgebildet werden und dann in ihre Länder zurückkehren, dass die die Gefährdung eines Schlepperbootes auf sich nehmen, dass die den beschwerlichen Weg über die Türkei oder den Balkan in unser Land finden, um da Terroranschläge zu begehen, wobei doch die IS bestens finanziell und logistisch ausgerüstet ist. Also wer diese Märchen verbreitet, der ist nicht nur Brandstifter, sondern hat auch wirklich Nachholbedarf im Denken.

Insofern, meine Damen und Herren, bin ich auch dankbar, dass das hier auch noch von allen Seiten unterstrichen wurde (wir haben ja manche Abschattierungen auch zu diesem Thema), dass das heute keine Rolle mehr spielt. Und ich denke, wenn wir heute über das Flüchtlingskonzept beraten würden, hätte es auch eine Einstimmigkeit gegeben.

In anderen Fragen geht das nicht so schnell. Beim Haushalt, zu dem ich dann auch noch etwas sagen möchte, aber nicht allzu viel. Wir haben hier tatsächlich eine Erfolgsgeschichte, die die Menschen in Oberhausen zugegebenermaßen schwer erkämpfen mussten. Sie haben auch das nicht selbst entscheiden können. Wenn eine Stadteinrichtung schließt oder wenn sie Leistungen für die Bürger und Bürgerinnen beschneidet, ist das ja nicht immer nach dem Willen der Bürgerinnen und Bürger. Aber es gibt keine Alternative, die dazu geführt hätte, dass die Stadt ihre Grundleistungen überhaupt aufrecht erhält. Insofern ist auch der heutige Haushalt in der Kontinuität der vergangenen Jahre einer, der uns wieder Spielräume eröffnet hat. Insofern war es eine sehr kluge Entscheidung des Oberbürgermeisters, die er ja auch in seiner Antrittsrede sehr differenziert begründet hat, diesen Haushalt mitzutragen, und dass er dazu nicht die Zustimmung des gesamten Rates findet, ist nichts Neues. Ich glaube auch, Sie können da viele Ablehnungen und Enthaltungen in Kauf nehmen, Herr

Oberbürgermeister Schranz, solange die Ampelkoalition mit Ihnen stimmt, denn die ist ein Kernbündnis der Verantwortung dieser Stadt.

Ich danke sehr herzlich Regina Wittmann und Wolfgang Große Brömer, aber auch den Geschäftsführungen, die mit ihrer Arbeit sehr viel zum Zusammenhalt beigetragen haben unserer unterschiedlichen, eigenständigen Parteien mit einem gemeinsamen Anliegen. Der Geschäftsführer der SPD, Heiko Blumenthal, hat inzwischen neue Aufgaben übernommen; heute an Armin Röpell und Regina Boos: herzlichen Dank für die Unterstützung der Zusammenarbeit!

Ich glaube, dass das Angebot, in diesem Rat parteiübergreifend zusammenzuwirken, eines ist, was bei der Ampelkoalition durchaus Resonanz findet. Aber natürlich liegt in der Praxis dann das große Hemmnis. Und auch wenn es sicherlich richtig ist, dass vieles, was in Wahlkampfzeiten gesagt wird, nicht auf die Goldwaage gelegt wird: Wir haben natürlich auch Jahrzehnte Erfahrung, nun, zumindest 10 bis 15 Jahre Erfahrung, aus der ich die Vermutung hege, dass der Schritt von einem eigentlich automatischen "Nein" zu einem "Vielleicht" und dann "Ja" nicht ganz einfach ist - und ich finde auch, wir sollten dem keine Steine in den Weg legen. Also: wenn da ein gemeinsames Bemühen möglich ist, wird es nicht an den Parteien der Ampelkoalition scheitern. Wenn das dazu führt, dass wir hier etwas intensiver diskutieren, ist das auch gut, und wenn eine große Fraktion in diesem Hause nicht länger automatisch zu bestimmten Themen und Dingen "Nein" sagt, ist das ein Gewinn für uns alle. Insofern freue ich mich, dass auch tragische Ereignisse wie am vergangenen Freitag vielleicht mit dazu beigetragen haben mögen, dass wir die bisherigen Rituale nicht so fortführen müssen, wie das in der Vergangenheit war, und ich denke, dass man auch eine Entscheidung für den Haushalt von BOB durchaus loben kann - obwohl ich mich frage, wenn die Begründung, die sie dafür gegeben haben, so war, dann müsste die CDU jetzt eigentlich in Jubel ausbrechen und dem Haushalt begeistert zustimmen.

Also ich finde, wir sollten über all diese Sachthemen sehr intensiv diskutieren, auch über das, was Herr Dr. Goeke über Personalausstattung und Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gesagt hat. Nur ist es so, und ich glaube, das weiß auch jeder hier im Saal, dass wir als Koalition nie die Diskussion geführt haben, wie können wir Personal über Gebühr belasten, was können wir ihnen auferlegen. Mancher hat ja eine Haushaltskonsolidierung mit vollziehen müssen, die sich über Jahre und Jahrzehnte lange schon vor dem Sanierungspakt aufgebaut haben. Sie wissen genau, was die Bezirksregierung zugelassen hat und was nicht. Und ein Positives ist sicherlich (und insofern glaube ich auch nicht, dass die Flüchtlinge zum Risiko für den Haushalt zählen), ein Positives ist, dass wir hier in einem Bereich sehen, dass Verwaltung auch schnell reagieren kann: auf personellen Bedarf, auf die starke Belastung von Menschen; dass Konsequenzen gezogen werden. Und ich freue mich daher auch, dass der Integrationsrat, herzlichen Dank Frau Erdas, die Anregung von Frau Bürgermeisterin Opitz aufgegriffen hat, hier in Kürze eine Flüchtlingsbeauftragte einzurichten. Darüber werden wir ja heute entscheiden, und die Verwaltung hat das ja auch sehr schnell nach dem gemeinsamen interfraktionellen Antrag in die Wege geleitet.

So glaube ich, bei nüchterner Betrachtung müsste man auch zugeben, dass hier ein Wille besteht, Verwaltungsarbeit nicht zu überfordern, dass aber auch eine hohe Bereitschaft in

der Verwaltung anzuerkennen ist, eben das Nötige zu tun, bis an die Grenze der Belastbarkeit und zum Teil auch darüber hinaus.

Und diese Anerkennung und dieser Dank gilt natürlich besonders - und das ist dann wieder traditionell - den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei und an der Spitze Herrn Kämmerer Tsalastras, aber natürlich auch allen anderen in der Verwaltung, die den Erfolg dieser Haushaltssanierung mit begleitet haben. Und es wird Sie nicht wundern, das haben wir in den vergangenen Jahren, und da muss ich auch fast sagen Jahrzehnten, so gehalten, zumindest in den letzten 12, 13 Jahren, dass auch die Freien Demokraten dem Haushalt heute zustimmen werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Fraktionsgeschäftsstelle

Elsässer Str. 19
46045 Oberhausen
Telefon: 0208 - 82 02 96
Telefax: 0208 - 82 02 980
fraktion@gruene-oberhausen.de
www.gruene-ratsfraktion-oberhausen.de
Stadtsparkasse Oberhausen
Konto-Nr.: 182 873
Bankleitzahl: 365 500 00
5 Min. vom HBF, Europahaus
Nähe Friedensplatz

Haushaltsrede 2016

der Fraktion DIE GRÜNEN

anlässlich der Verabschiedung des Haushaltes in der Ratssitzung am 16.11.2015

Regina Wittmann, Fraktionssprecherin

(Redemanuskript, es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen Stadtverordnete,
liebe Oberhausenerinnen und Oberhausener!

Auch am dritten Tag nach den schrecklichen Anschlägen in Paris sind wir tief betroffen und fassungslos. Wir sind schockiert und wütend über den Terror, wir empfinden tiefe Trauer über die vielen Toten und Verletzten. Unsere Gedanken sind bei den Opfern, bei ihren Familien und Freunden.

Sie wurden ganz zufällig Opfer dieser Taten. Sie wurden zur Zielscheibe, weil sie ein normales, selbstbestimmtes Leben in einem freien und demokratischen Europa lebten. Die Orte der Anschläge werden die meisten von uns auch ganz persönlich berührt haben, Paris ist vielen ein vertrauter Ort, der uns nah ist.

Und gleichzeitig treffen uns diese Anschläge auch hier zuhause in Oberhausen, richten sie sich doch gegen alle, die in einer offenen, freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft leben. Damit sind wir nun ebenfalls gefragt, denn der Hass der Terroristen darf uns nicht dazu bringen, dass wir uns mühsam errungene Freiheitsrechte nun selbst nehmen.

Es gibt eine wichtige weitere Botschaft, die wir mit vielen teilen: Die Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, fliehen eben vor jenen Terroristen, die nun in Paris auf ein Neues ihr unmenschliches Gesicht gezeigt haben. Unsere Solidarität und unser Mitgefühl gilt auch den vielen Opfern von Terror und Hass, die weltweit Gewalt und Verfolgung ausgesetzt sind.

Die schrecklichen Anschläge von Paris werden auch hierzulande zum Anlass genommen, Angst, Misstrauen und Hass gegen Flüchtlinge zu säen. Das ist widerlich! Reaktionen wie „Keine illegale und unkontrollierte Zuwanderung mehr zulassen!“ oder „Nun die Grenzen dichtmachen!“ überraschen nicht, sind aber dennoch völlig unangemessen. Wir dürfen uns unsere offene und demokratische Gesellschaft nicht nehmen lassen! Weder von Islamisten noch von rechten Hetzern!

Dass dafür in Oberhausen kein Platz ist, zeigt das breit getragene gemeinsame Engagement gegen Rechts. Mut machen hierzu auch die Gedenkveranstaltungen der letzten Woche. Das Gedenken an die Reichsprogromnacht am 9. November haben Oberhausener Schülerinnen und Schüler mit Beiträgen von hoher Aktualität mitgestaltet. Am gestrigen Volkstrauertag hat der Vortrag von Prof. Wolf-Dieter Just eindringlich auf das unmissverständlich festgeschriebene europäische Solidarverständnis und die daraus resultierende Verantwortung hingewiesen.

Die Welt, in der wir leben, scheint in den letzten Jahren gefühlt näher zu rücken. Reisen bringen uns innerhalb von Stunden in die Türkei, nach Nordafrika oder in den Süden Europas. Vielfach haben wir z.B. durch einen Migrationshintergrund enge persönliche Bezüge in besonders von Flucht oder Zuwanderung betroffene Länder. Bei Google Maps ist ein Blick auf die Balkan-Route, auf die Insel Lampedusa oder die Altstadt von Aleppo nur einen Mausklick entfernt. Und als werde die brutale Wirklichkeit für einen Moment ungeschehen, zeigen die Momentaufnahmen noch nicht die Schreckensbilder aktueller Satellitenaufnahmen, sondern vielfach noch die „heile Welt“ vor der weiterhin andauernden Zerstörung.

Deutschland steht mit in der Verantwortung, den Ursachen für die Flucht etwas entgegenzusetzen - und eben nicht mit Zäunen. Auf lokaler Ebene fordert uns jedoch zuallererst der Zuzug der Geflüchteten, denn dieses Bild der „Welt, die näher rückt“ hat auch eine andere Seite. Wir erleben, dass wir für viele, die fliehen mussten - für jene, die es in die „Festung Europa“ schafften - zum Ziel geworden sind.

Wären wir vor einem Jahr gefragt worden, etwa 2.000 Menschen, die auf der Flucht sind, in Oberhausen aufzunehmen, wir hätten uns dies angesichts unserer sonstigen realen und gefühl-

ten Problemlagen vermutlich nur schwer vorstellen können. Nun hat es uns überrascht und herausgefordert. Unsere Stadtgesellschaft hat Erstaunliches geleistet, als es hier vor Ort darum ging, jenes Recht auf Asyl mit Leben zu füllen, das im Grundgesetz - wenngleich inzwischen stark geschwächt – fest und ohne Quotierung verankert ist und dem auch vor dem Hintergrund unserer jüngeren Geschichte ein besonderer Wert zukommt.

Für möglich halten wir es vermutlich noch immer nicht so wirklich, so groß ist die Herausforderung, so sehr verlässt es den Rahmen der gängigen Szenarien, die wir in unserer durchkalkulierten Welt als Möglichkeiten in Betracht gezogen haben. So viel muss noch gelöst und oder überhaupt erst einmal angedacht werden. Doch schon jetzt ist klar:

Oberhausen wird sich durch diese Zuwanderung verändern. Diese Veränderung hat schon damit begonnen, dass wir in den letzten Monaten ein ganz kostbares Gut erfahren durften: das große ehrenamtliche Engagement, die große Solidarität und das engagierte Handeln vieler Bürgerinnen und Bürger!

Die ZEIT schreibt dazu: „Der größte Feind des islamischen Terrors ist eine Willkommenskultur“. Auch in Oberhausen setzen wir dem unsere Willkommenskultur entgegen. Die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung gegenüber den bei uns ankommenden Flüchtlingen bleibt bei uns weiterhin ungebrochen. Und gerne möchte ich diese Gelegenheit nutzen, auch von Seiten der Grünen Ratsfraktion einen unendlich großen Dank an all die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer auszusprechen, die sich mit enormem persönlichen Einsatz bei der Aufnahme, Versorgung und Integration der Geflüchteten einbringen.

Wichtig ist jetzt, die Koordination der Ehrenamtlichen und die Arbeit der Flüchtlingsinitiativen zu unterstützen. Hierzu werden wir heute die Stelle einer Flüchtlingsbeauftragten einrichten. Diese Aufgabe ist aus unserer Sicht von akuter Dringlichkeit und liegt uns Grünen sehr am Herzen. Wir freuen wir uns daher, dass sich Verwaltung, Integrationsrat und Politik nun gemeinsam dafür einsetzen. Ein fraktionsübergreifend getragener Antrag zur Einführung der Gesundheitskarte war ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung weniger Stigmatisierung und mehr Gleichbehandlung und Akzeptanz.

Mit diesen beiden Maßnahmen aus dem Bereich der Flüchtlingsarbeit sind wir bei dem Thema Haushalt angekommen: Was können und wollen wir uns 2016 leisten? In der Flüchtlingsarbeit gilt der Fokus über die akute Dringlichkeit hinaus nun der Verstetigung und langfristigen Perspektive. Dahinter steht der folgende Gedanke: Lasst uns Zuwanderung als Chance und nicht als Krise sehen!

Zuwanderung bietet eine Chance, wenn wir es schaffen, die für eine schnelle Integration erforderlichen Aufgaben dezernatsübergreifend anzugehen, dies mit den in vielen Bereichen bereits laufenden Erneuerungsprozessen in Einklang zu bringen und im Positiven zu nutzen.

Wie kann dies aussehen? Hier das Beispiel „Wohnen“: Es gilt den sozialen Wohnungsbau anzukurbeln – integriert in die städtischen Quartiere und nicht auf der grünen Wiese. Brach liegt noch viel Potenzial in der nachhaltigen Entwicklung leerstehender Bauten. Dies geht allerdings nicht ohne tragfähige Gesamtkonzepte und daher ist bei Objekten wie z.B. der Hauptpost kein „Schnellschuss“ angesagt! Schnell gilt es nun jedoch zu klären, welche Instrumente wir dazu brauchen und mit der Erarbeitung von Konzepten für ganz konkrete Projekte zu beginnen.

Zuwanderung in eine offene Stadtgesellschaft bietet Chancen, wenn wir bei diesen Prozessen unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht aus dem Blick verlieren: Wie nehmen wir jene mit, für die Veränderungen und interkulturelles Miteinander eine Herausforderung darstellen? Auch dazu bedarf es Zeit und der Begleitung, wenn wir dabei niemanden abhängen wollen.

Es ist offensichtlich, dass Oberhausen die Integration von Flüchtlingen nur mit angemessener Unterstützung von Land und Bund stemmen kann! Doch wird schon jetzt deutlich, dass die bisherigen Mittelzusagen bei weitem nicht ausreichen. Mit Blick auf die laufende Haushaltskonsolidierung darf der Stärkungspakt und damit die feinjustierten Vereinbarungen mit dem Land nicht gefährdet werden.

Die große Aufgabe der Flüchtlingsarbeit lässt sich nur gemeinsam stemmen, und wo die Politik gefragt war, haben wir fraktionsübergreifend gemeinsame Lösungen gefunden. Dieser Ansatz lässt sich nun nicht auf die gesamte Ratsarbeit übertragen, wohl jedoch auf die Arbeit der Koalition: Wir Grüne haben mit unseren Koalitionspartnern SPD und FDP eine produktive und verlässliche Zusammenarbeit etabliert, in der wir unsere grüne Perspektive einbringen und im gemeinsamen Ergebnis auch wiederfinden.

Die Ergebnisse unserer Koalitionsarbeit sprechen für sich:

Haushalt Heute stimmen wir zumindest von Seiten der Koalition dem Haushalt 2016 zu. An dieser Stelle darf eines nicht ausbleiben, der herzliche Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kämmerei für die Erarbeitung und Aufbereitung dieses Zahlenwerks!

Mit dem Haushalt 2016 bleiben wir auf Erfolgskurs! Die Zahlenreihen halten! Wenn wir diesen Konsolidierungskurs fortsetzen, Mit dem Haushalt 2016 bleiben wir auf Erfolgskurs! Die Zahlenreihen halten! Wenn wir diesen Konsolidierungskurs fortsetzen, legen wir mit der Verabschiedung des Haushalts 2017 die Grundlage für einen ausgeglichenen Haushalt! Damit ist eine

ganz wesentliche Grundlage für eine tragfähige Zukunft unseres kommunalen Gemeinwesens zum Greifen nahe. Lassen Sie uns dies nicht gefährden.

WIR – und damit meine ich die Koalition - denken nicht daran, diese Stadt vor die Wand zu fahren! Aber genau das würde passieren, wenn dieser Haushalt nicht mit Mehrheit verabschiedet würde. Wir sind daher gespannt auf die Positionierung der CDU: Wird sie sich enthalten und sich mit diesem strategischen Stimmverhalten im Sinne von „die Koalition wird es schon richten“ einen schlanken Fuß machen? Wir gehen davon aus, dass zumindest der Oberbürgermeister mit uns stimmt, er hat ja die Vorlage unterschrieben. Zumindest so wäre die Grundlage für einen in fünfter Folge genehmigten Haushalt gegeben.

Diese positive Haushaltsentwicklung haben sich die Oberhausenerinnen und Oberhausener mit Sparmaßnahmen teuer erkaufte. Dafür zeigt sich nun aber auch immer deutlicher, wie sehr sich dies im Besonderen mit Blick auf die Förderoptionen auszahlt:

Umwelt Mit der Einrichtung eines eigenen Fachbereichs „Klimaschutz“ wird endlich dieser zentralen Zukunftsaufgabe angemessen Rechnung getragen. Die Minderung des gesamtstädtischen CO₂-Ausstoßes ist dabei u.a. ein wichtiger Beitrag, den wir Kommunen leisten können, um an anderer Stelle Klimakatastrophen und daraus resultierender Flucht entgegenzuwirken.

Eine erste Klimaschutzsiedlung in Schmachtendorf sowie die Ausweisung einer weiteren in Osterfeld sind wichtige Referenzobjekte für klimagerechtes Wohnen, die den Geldbeutel langfristig entlasten. Fortschritte zeigen auch die Themen Nahwärmeinseln und Kraft-Wärme-Kopplung im Bereich der erneuerbaren Energien. „Urban Gardening“-Projekte greifen auch in Oberhausen. Bei der Elektromobilität sind sowohl die Stadtverwaltung als auch die STOAG Vorreiter.

Aus dem intensiven Dialog mit dem Umweltbereich mit der renommierten wissenschaftlichen Einrichtung Fraunhofer Umsicht sind inzwischen eine Reihe erfolgreicher Kooperationen hervorgegangen, darunter das Premiumprojekt „Dachgewächshaus“. Sie lassen die Möglichkeiten dieser Zusammenarbeit lokal unmittelbar spüren.

Planung Mit den integrierten Handlungskonzepten für Sterkrade und Osterfeld können endlich langersehnte Maßnahmen mit Mitteln der Städtebauförderung angegangen werden. In Osterfeld können 22 Millionen, in Sterkrade weitere 10 Millionen beantragt werden. Sie liegen vor als offene, fortzuschreibende Strategiekonzepte, die Raum für Beteiligung lassen und gleichzeitig Grundlage für weitere Anträge im Sinne der integrierten Stadtentwicklung sind. Diese vor dem Hintergrund der Einschränkungen der Nothaushaltsjahre geradezu unvorstellbar erscheinenden Entwicklungsimpulse werden damit nun schon greifbar - vorbehaltlich der Zustimmung in dieser Ratssitzung.

Der Abriss von HDO und Gartendom konnte verhindert werden! Auch für das Lyzeum gibt es endlich eine Nutzungsperspektive! Dies zeigt, dass eine qualitätsvolle Nachnutzung im Bestand

möglich ist. Angesichts der vielversprechenden Nutzungskonzepte zeigt sich, dass hierfür Geduld erforderlich ist. Letztendlich zahlt sich dies jedoch aus!

Mit dem Gestaltungsbeirat haben wir ein wichtiges Instrument geschaffen, um die städtebauliche und architektonische Qualität in Oberhausen zu fördern. Bereits in der Findungsphase zeigen sich positive Effekte!

Jugend Mit dem Jugendzentrum in Alt-Oberhausen, das bald eröffnet wird, und konkreten Projekten der Städtebauförderung in Osterfeld und Sterkrade werden wir bald in allen drei Stadtteilen feste Anlaufstellen für die freie Jugendarbeit haben.

Gesundheit Am hervorragenden Beispiel der Melanchthonschule zeigt sich, wie die Ernährungssituation an Oberhausener Schulen eklatant verbessert werden kann.

Gleichstellung Mit der Bestätigung der Flüchtlingsunterkunft Helmholtzstraße als Flüchtlingsfrauenhaus konnte ein dringend benötigtes Profilangebot gesichert werden.

BürgerInnenbeteiligung Aus anderen Projekten ziehen wir unsere Lehren: Im März 2014 hat die Region auf Oberhausen geschaut und wir haben mit dem Bürgerentscheid zur Weiterführung der Linie 105 nach Oberhausen eine bittere Niederlage erfahren müssen. Die Chance, diese strategisch wichtige Lücke zu schließen, ist damit für den Moment leider vertan. Was bleibt, ist die Lücke. Hier werden wir uns weiter dafür einsetzen, dass Oberhausen nicht abgehängt wird: Gegen Kirchturmdenken und für die regionale Perspektive, die mit guter Mobilität für den Wohnort Oberhausen eben auch eine wichtige wirtschaftliche Perspektive beinhaltet.

Auch wenn die Oberbürgermeisterwahl nicht zu dem Ergebnis geführt hat, für das sich die Koalition gemeinsam eingesetzt hatte, wird sie weiter Bestand haben. Sie wird weiter Bestand haben, weil sie mit ihrem Koalitionsvertrag ein sehr gutes, inhaltliches Fundament formuliert hat, das Basis für die gemeinsame Arbeit ist. Unser Programm steht, es wird nun nicht einfacher, doch stehen wir auch nach der Oberbürgermeisterwahl für klare Inhalte und ihre Umsetzung.

An Inhalten werden wir weiterhin auch bewerten, ob es Zustimmung oder Ablehnung zu Vorschlägen der Opposition und des OB gibt. Diese Grundlage für unsere Zusammenarbeit ist transparent für alle Bürgerinnen und Bürger.

Der neue Oberbürgermeister hat keine Mehrheit. Angesichts der in vielen Punkten uneinigen Opposition sehen wir diese Perspektive weder als verlässliche Basis noch als inhaltliche Plattform. Neben der Ampel gibt keine weitere Koalition mit einem Programm und Garant für eine verlässliche Zusammenarbeit. Den Appell an „alle Gruppen/Fraktionen, Gemeinsamkeiten über Parteigrenzen hinweg zu vernünftigen Lösungen zu nutzen“ verstehen wir hier zunächst unter strategischen Beweggründen. Soll das der großangekündigte Wechsel sein?

Der Wahlkampf hat Schaden angerichtet. Das einseitige „Plattmachen“ ohne außer der Worthülle „Wechsel“ eine Perspektive anzubieten, mag nun zum gewünschten politischen Wahlerfolg geführt haben, aber wir fragen uns dabei doch, welchen Preis die CDU dafür gezahlt hat. Den der eigenen Glaubwürdigkeit? Den des Vertrauensverlusts von nicht unerheblichen Teilen der Bevölkerung in eine abgewogene politische Interessensabwägung? Hier ist viel Vertrauen verlorengegangen.

Wir sind sehr gespannt, ob die CDU zu einer neuen Rolle finden will. Wird sie weiterhin Blockaden und Polarisierung in den Vordergrund stellen und dies in gepflegte, gebetsmühlenartig wiederholte Rhetorik verpacken? Als reine Machstrategie ist dies bei allen negativen Begleiterscheinungen nachvollziehbar, aber Inhalte werden so nicht sichtbar.

Ich hoffe sehr, dass die Kolleginnen und Kollegen aus der CDU-Fraktion nach der Fundamentalopposition der letzten Jahre zu einem konstruktiven Dialog zurückfinden, hier mag die reine Kraft des Faktischen noch für Bewegung sorgen. Wir erwarten Konstruktives von der CDU und den Oppositionsparteien für 2016! Ja, es geht um die gemeinsame Verantwortung aller! Aber dies geht nicht ohne eine faire Auseinandersetzung um Inhalte.

Herr Oberbürgermeister Schranz, Sie haben in Ihrer Antrittsrede angekündigt, Sie wollen keinen Dauerwahlkampf und wollen mehr zuhören: Vielleicht haben Sie dadurch ein Ohr bei der CDU für „vernünftige, realitätsbezogene“ Problemlösungsstrategien.

Bei der BürgerInnenbeteiligung nehmen wir Sie beim Wort, wenn Sie sagen, dass Sie dem Projekt zum Erfolg verhelfen wollen und dies zur Chefsache machen. Wenn Sie einen Bürgerinnen- und Bürgerrat als Spiegel einrichten wollen, stehen Sie auch hier vor der kniffligen Frage, wer sich dazu berufen fühlen mag, und wie repräsentativ dies sein soll oder darf. Und uns würde interessieren, was Sie unter dem bisher geradezu inflationär verwendeten, bislang jedoch nicht mit Inhalt gefüllten Begriff „Transparenz“ eigentlich genau verstehen.

Bei der Wirtschaftsförderung für das Standbein „produzierendes Gewerbe“ wollen Sie vorhandene Flächen zur Verfügung stellen. Hier ist es allerdings noch wie bei der Bordelldiskussion? Wo finden Sie diese Flächen? Und welche Priorität kommt Ihrer Ansicht dabei Fragen der Verträglichkeit mit anderen Nutzungen sowie Fragen der Erschließung und der Emissionen zu. Die Oberhausener Grünen haben sich nie gegen Industrie oder produzierendes Gewerbe ausgesprochen, sondern unterstreichen ihre Bedeutung für die lokale und regionale Wirtschaft - wenn wir dies als integrierten Prozess zur Schaffung einer Langfristperspektive für produzierendes Gewerbe angehen. Doch gibt es gleichzeitig kaum eine Branche, die schwieriger in die ruhrgebietstypischen Nahtlagen einzupassen ist, wie diese. Hier werden uns Schnellschüsse, ohne integriertes Gesamtkonzept schnell auf die Beine fallen.

Für die Gleichstellung macht das Signal, das vom jüngst vorgestellten Kabinett in Canada ausgeht, Mut und hier zitiere ich gerne den neuen Premierminister: „Because it's 2015!“ Dieses positive Beispiel animiert umso mehr, nun auch interessiert auf Ihre Personalpolitik zu schauen, Sie haben ja nun gewisse Spielräume: Wie sehr ist es wohl auch in Oberhausen „2015“? Die ersten drei Personalentscheidungen lassen diesen Aspekt noch vermissen.

Für die Arbeit in der nächsten Zeit haben wir Grüne in der Koalition klare Ziele: wir werden den Bildungsplan begleiten, Projekte der Städtebauförderung unterstützen und verstetigen sowie den geplanten „Brückenschlag“ vom Bereich um den Hauptbahnhof nach Lirich unterstützen, in der Gleichstellungsarbeit mit dem Gender Mainstreaming und Gender Budgeting weiter dicke Bretter bohren sowie uns dafür einsetzen, einen integrierten Ansatz für eine Langfristperspektive in der Flüchtlingsarbeit zu etablieren, u.a. mit den Schwerpunkten Sozialer Wohnungsbau und Arbeit.

Und damit bin ich wieder am Anfang. Uns wird bewusst, dass wir in aller Sicherheit, die wir hier erfahren, Teil globaler Zusammenhänge sind. Angesichts der Not ermöglicht uns dies vielleicht auch eine andere Bewertung unserer eigenen Nöte vor Ort und vielleicht animiert es uns sogar dazu, stärker auch einmal hier das viele Positive zu sehen - in Oberhausen, das nun vielen eine (neue) Heimat und Perspektive bietet.

Einen Punkt sehen wir im Besonderen positiv: Wir sehen uns bestätigt in unserer Ansage der letzten Jahre, dass Oberhausen es packt, den Haushalt mit Unterstützung des Landes und großen eigenen Anstrengungen zu sanieren! Oberhausen packt es, nach vorne zu schauen und die Möglichkeiten für eine Erneuerung zu nutzen! Und Oberhausen packt es, den neuen Oberhausenerinnen und Oberhausenern ein sicheres Zuhause zu geben! Lassen Sie uns gemeinsam dafür einsetzen!

Heute haben wir über unseren nächsten Haushalt zu entscheiden. Er beinhaltet die Fortschreibung eines ambitionierten Sparpakets. Dem stimmen wir zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!